

5 – Annabelle Lutgen

Frage ÜWG: Annabelle, Du bist jetzt bereits 4 Jahre im Gemeinderat und kandidierst jetzt für eine zweite Amtszeit – was ist Deine Motivation?

Annabelle Lutgen: Ich habe noch so viel vor mit Dornach, ich habe noch so viele Pläne, wie sich Dornach entwickeln soll, wie sich die Schule entwickeln soll, wie sich das Gewerbe entwickeln soll. Ich bin einfach noch nicht fertig mit meinen Zielen, und ich finde, Dornach ist so ein schöner Ort, wo es so viel Grün drumherum hat, das man bewahren sollte – und gleichzeitig haben wir noch Potenzial, um uns zu entwickeln. Ich fände es ganz toll, wenn ich mich da einbringen könnte.

Frage: Dafür stehen ja die Chancen nicht schlecht. Für welches Ressort würdest Du dich stark machen, wenn Du frei wärst, zu wählen?

AL: Die meisten werden wohl erwarten, dass ich mich weiterhin für das Ressort Bildung einsetzen werde. Das ist tatsächlich auch ein sehr wichtiges Thema für mich. Ich habe allerdings in den letzten 4 Jahren gemerkt, dass das sehr eingeschränkt wird von kantonalen Vorgaben, wie sich dieser Bereich entwickeln soll. Ich finde es immer noch interessant und spannend, wenn allerdings jemand anderes in den Gemeinderat gewählt würde, der noch besser dafür qualifiziert wäre, z.B. ein Lehrer, dann würde ich den Platz auch freigeben können. Von meiner Ausbildung her würde sich das Ressort Finanzen anbieten, ich habe ja Wirtschaftswissenschaften studiert und lange als Controllerin gearbeitet. Das würde mir Freude machen. Die Finanzen sind in den letzten Jahren etwas stiefmütterlich behandelt worden, das ist so laufen gelassen worden. Dornach ist ja auch eine reiche Gemeinde, wir haben viele Reserven. Doch jetzt durch das strukturelle Defizit, in das wir gekommen sind, müssen wir aufpassen, dass wir auf lange Frist diese Reserven nicht einfach aufbrauchen, sondern sinnvoll investieren und nachhaltig bewirtschaften.

Frage: Ich vermute, dass das Finanzressort nicht sehr begehrt sein wird, insofern sehe ich die Chance da relativ gross. Sonst hätte ich gesagt, bleibt am Schluss nur noch das Präsidialressort. Was sagst du dazu?

AL: Oh, ähm, da kann ich im Moment gar nichts dazu sagen. Ich bin erstmal gespannt, wieviele Stimmen ich überhaupt bekomme. Wenn ich dort ein gutes Resultat bekomme, wo ich konkurrenzfähig zu Daniel Urech wäre, der schon sein Interesse für das Präsidialamt angemeldet hat, dann würde ich es wagen. Aber jetzt warten wir erstmal das Ergebnis ab.

Frage: Da es neben verschiedenen Sachthemen auch zwei spezifische Missstände in Dornach gibt, möchte ich nachhaken bei unserer Frage 1: Willst Du aktiv mitwirken am Durchleuchten der Missstände in der Sozialbehörde und insbesondere an einer Lösung im «Fall Nathalie»? Da hast Du kommentarlos «Ja» angekreuzt. Wie würdest du dieses Thema anpacken wollen?

AL: Es wäre wichtig, dass man die internen Abläufe noch einmal genau ins Auge fasst, ob alle Informationen der KESB nach Dornach kamen, wie und mit welcher Zeitverzögerung diese Informationen hier verarbeitet wurden, und ob jeweils auch die richtigen Personen zum richtigen Zeitpunkt informiert wurden. Da muss noch einmal eine interne Kontrolle der Abläufe stattfinden. Das müsste dann die Verwaltung machen und genauer anschauen. Ob der Fall Nathalie wirklich so war, wie er in der Presse dargestellt worden ist, kann ich im Moment nicht sagen, da auch dem Gemeinderat nicht alle Informationen zur Verfügung gestellt wurden. Es ist ja da auch ein gewisser Datenschutz für das Kind, die Mutter und den Vater gegeben, und deshalb kann ich dazu jetzt nicht mehr sagen. Das gilt aber grundsätzlich für die ganze Verwaltung. Da muss man schauen, wie die Arbeitsabläufe funktionieren, ob die richtigen Leute zur richtigen Zeit informiert werden.

Frage: In diesem Fall haben die Abläufe wohl nicht so gut funktioniert. Deshalb hat Deine Fraktion ja eine Untersuchungskommission beantragt, um diese Abläufe etwas genauer zu durchleuchten. Der Gemeindepräsident hatte, wie man aus der Presse entnehmen konnte, kein Interesse, da genauer hinzuschauen, und deshalb müsste ein neuer Gemeinderat dieses Thema neu aufgreifen, oder?

AL: Es ist ganz schwierig – der Fall Nathalie ist für mich persönlich noch nicht abgeschlossen. Aber aus Sicht der Sozialbehörde ist die Familie weggezogen aus Dornach, deshalb meint man, das nicht weiterverfolgen zu müssen. Das finde ich extrem schade, denn es fehlt der Wille, etwas aus diesen Vorfällen zu lernen. Ich finde, das muss man aufarbeiten, auch wenn man den Fall Nathalie jetzt nicht weiter betreut, um daraus einen Lerneffekt zu holen.

Frage: Dann würde ich gerne weitergehen zu unserer Frage 4: Findest Du es richtig, wenn auch in einem als Pandemie erklärten Infektionsgeschehen vor allem auf die Verantwortung und Solidarität der Einzelnen gesetzt und auf staatliche Einschränkungen im Privat- und Wirtschaftsleben weitgehend verzichtet wird?

AL: Ich bin stark für die Selbstverantwortung. Wenn ich selber mein eigenes Risiko bewerte, kann ich selbst einschätzen, ob ich ein Risiko habe für einen schweren Covid-19-Verlauf, dann kann ich selber bestimmen, ob ich mich impfen lassen will. Wenn ich selber einschätze, dass ich eher ein weniger grosses Risiko habe, dann lasse ich mich eben nicht impfen. Ich finde es ganz schlimm, dass man es jetzt von einer Impfung abhängig macht, ob man in ein Restaurant darf oder an einen Event gehen darf. Wir steuern da in eine bedenkliche Richtung mit dem Impfzwang, wo man zwar nicht als Impfzwang tituiert, aber eigentlich ist es doch ein Impfzwang, wenn man ohne Impfung dann nicht mehr reisen darf, nicht ins Kino oder Restaurant darf. Das ist ganz schlimm. Also, ich bin sehr stark für Selbstverantwortung.

Frage: Du bist selber auch Unternehmerin, Du hast selbst ein Bauprojekt und gewisse Erfahrungen mit der Baubehörde, deshalb möchte ich nachhaken bei unserer Frage 6: Willst Du aktiv mitwirken am Durchleuchten der Missstände in der Baubehörde und insbesondere an einer Lösung im «Fall Juraweg»? Was würdest Du da jetzt machen wollen, um die Verhältnisse zu verbessern?

AL: Das ist jetzt eine ganz schwierige Frage, denn das ist ein langjähriger Streit, bei dem es dem Gemeinderat nicht immer klar dargestellt worden ist, was überhaupt der Missstand ist, und wie das entstanden ist und welche Parteien jetzt wie involviert sind. Mir wäre es einfach wichtig, dass direkte Gespräche stattfinden würden zwischen der Bauherrschaft und der Gemeinde und diese Gespräche dann auch verbindlich sind, und dass man sich dann auch darauf verlassen kann, dass wenn in einem Gespräch etwas vereinbart wurde, dass das dann auch so umgesetzt wird.

Frage: Nach Einverständnis aller Beteiligten hatte der damalige Gemeinderat ja bereits Anfang Mai 2017 mal entschieden, dass der Gestaltungsplan Juraweg nach dem Vorschlag von Kreisplaner L. Leuenberger überarbeitet wird. Dieser Entscheid ist dann trotz gegenteiliger Zusicherung von einer Nachbarnfamilie bis vor Bundesgericht angefochten worden. Der neue Gemeinderat hätte jetzt jedoch jederzeit die Möglichkeit, nach über 15 Jahren den Gestaltungsplan entsprechend überarbeiten zu lassen und neu aufzulegen, das wäre doch die Lösung, wie siehst Du das?

AL: Der damalige Entscheid war noch vor meiner Zeit, da kann ich keine Aussage machen.

Frage: Du selbst würdest das Bauressort nicht übernehmen wollen?

AL: Das Bauressort ist tatsächlich auch ein interessantes Ressort, und würde mich sehr interessieren – nicht in erster Linie wegen einzelnen Häusern und Überbauungen, sondern eher für die grossen Sachen, wie der H18-Anschluss zum Beispiel, oder andere Infrastrukturmassnahmen im grösseren Rahmen, wie bei den Schulen, wo wir einen grossen Rückstand haben im Moment. Ich finde es auch

wichtig, dass private und institutionelle Investoren ein offenes Ohr finden auf der Verwaltung, und ihnen Hand geboten wird, hier zu investieren, natürlich innerhalb des gesetzlichen Rahmens – ich denke, das wäre sehr wichtig für Dornach.

ÜWG: Liebe Annabelle, besten Dank für diese Stellungnahmen und alles Gute für die Wiederwahl!